

FRIEDENSERKLÄRUNG03

der Friedensinitiative der STADT LINZ

Das vergangene Jahr 2003 war überschattet vom Irakkrieg. Am 20. März starteten die USA mit ihren Verbündeten einen sogenannten Präventivkrieg gegen den Irak Saddam Husseins, um einer angeblich akuten Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen zu begegnen. Gleichzeitig sollte das irakische Volk von einem undemokratischen Machthaber befreit und die Nahostregion neu geordnet werden. Dabei wurde eine Verletzung des Völkerrechts bzw. der UN-Charta in Kauf genommen. Dies stellt einen tiefen Einschnitt in die Verrechtlichung der Beziehungen zwischen den Staaten der Welt seit 1945 dar, mit schwer absehbaren Konsequenzen für die Zukunft. Bedeutende PolitikwissenschaftlerInnen konstatieren ein Streben der US-Administration unter George W. Bush nach „selektiver Weltherrschaft“ (*Ernst Otto Czempiel*). Positiv stimmt, dass über den Erdball verteilt große Friedensmanifestationen den Krieg im Irak ablehnten.

Inzwischen haben sich viele Befürchtungen der KriegsgegnerInnen bewahrheitet. Der offiziell für beendet erklärte Krieg fordert fast täglich auf beiden Seiten neue Opfer. Auch Mitglieder der Europäischen Union sind unmittelbar von diesem Krieg betroffen und bedroht.

Gleichzeitig spitzt sich in derselben Region der Konflikt zwischen Israel und Palästina, der ein zentraler Grund für die Steigerung des transnationalen Terrorismus ist, immer weiter zu. Die Errichtung einer 450 km langen Mauer, die zahllose Palästinenserinnen und Palästinenser ihrer Existenzgrundlage beraubt und die unnachgiebige Siedlungspolitik Israels auf der einen Seite, die Serie furchtbarer Selbstmordanschläge auf der anderen, können nur durch eine entschiedene Wende der Nahost-Politik beendet werden. Wir, die wir im Jahr 1989 glücklich waren, nach fast drei Jahrzehnten eine menschentrennende Mauer in Europa fallen zu sehen, können und wollen nicht einfach zusehen, wie ein ähnliches Unheil vor der Haustüre Europas seinen Lauf nimmt. Europa sollte an dieser Stelle sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale werfen - und das nicht nur aus humanitären Gründen, sondern durchaus auch im eigenen Interesse, wie die Anschläge auf jüdische Gotteshäuser in Frankreich oder der Türkei zeigen.

Auch die erbarmungslose Kriegsführung Russlands in *Tschetschenien* vergiftet die Beziehungen innerhalb Europas und ist unvereinbar mit den geltenden Menschenrechtskonventionen.

Keine Präventivkriege, sondern präventive Konfliktbearbeitung!

Der Verlauf der o.g. Konflikte hat einmal mehr deutlich gemacht, dass es für die Zukunft entscheidend ist, ob die Völkergemeinschaft Wege der *frühzeitigen* Krisen- und Gewaltprävention findet. Hier setzte 1999 der „*Linzer Appell für Friedenspolitik*“ an. Daraus ist im Jahre 2003 eine österreichisch-deutsche Initiative hervorgegangen die einen konkreten Vorschlag für eine „UN-

Kommission für Frieden und Krisenprävention“ entwickelte, kurz UNCOPAC genannt. Dieses neue Organ der Vereinten Nationen soll auf der Basis der bereits vorhandenen Frühwarnrichtungen und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft detaillierte Vorschläge für internationale nicht-militärische Maßnahmen zur Gewaltprävention in Krisenregionen ausarbeiten und ihre Umsetzung begleiten. Im Juni dieses Jahres unterstützte eine Mehrheit der Mitglieder des Linzer Gemeinderats mit ihrer Unterschrift diese Initiative.

Während andernorts neue Mauern errichtet werden, kommt Europa im Jahre 2004 einer endgültigen Beseitigung der alten Grenzen einen entscheidenden Schritt näher.

Die Erweiterung der EU um die Kandidatenländer Mittel- und Osteuropas ist ein Schritt, der das Projekt eines friedlichen Gesamteuropas weiter stärken wird - sofern wir

1. diesen Schritt nicht *gegen* die übrigen europäischen Länder richten, sondern als Übergang zu ihrer Integration verstehen,
2. dafür eintreten, dass der Friedensauftrag Europas und die Bindung eventueller europäischer Militäreinsätze an ein UN-Mandat in der EU-Verfassung ausdrücklich verankert wird und
3. wir auf *alle* osteuropäische Länder mit Angeboten für einen sozialen Ausgleich und wachsende Vernetzung zugehen.

Österreichs Neutralität ist dabei kein Hindernis, sondern bietet im Gegenteil in schwierigen Lagen Chancen der Offenheit, Vermittlung und Verständigung, über die ein hermetischer Militärpakt nicht verfügen würde.

Das neue Europa darf keine Festung werden, die sich zwar im Inneren politische, soziale und finanzielle Sicherheit bewahrt, aber Einzelpersonen und Familien Hilfe verweigert, die vor politischer Verfolgung und unmenschlichen Bedingungen flüchten bzw. in anderen Ländern Schutz suchen. Wir sollten die Kritik des UN-Flüchtlingshochkommissariats ernst nehmen, das eine weitere Verschlechterung der Bedingungen für AsylwerberInnen in Österreich durch das neue österreichische Asylgesetz beklagt. Durch die Änderung im Bundesbetreuungsgesetz werden ganze Flüchtlingsgruppen aus der Betreuung ausgenommen. Österreich, als eines der reichsten Länder, sollte darüber hinaus durch eine aktive Entwicklungspolitik dazu beitragen, dass die Ursachen von Migration langfristig durch eine Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation in den Herkunftsländern beseitigt werden. Auch dies wäre ein Beitrag zur Krisenprävention.

Viele Menschen in unserem Land und auch in unserer Stadt befürchten, dass unser gewachsener Wohlstand durch Einsparungsdruck gefährdet ist. Alle, die für die Entwicklung dieser Stadt verantwortlich sind, sollten die Förderung des Miteinanders, der Integration und der gegenseitigen Solidarität zwischen den Linzerinnen und Linzern als bedeutendes Ziel nicht aus den Augen verlieren. Gemeinsam werden wir die Solidarität mit sozial Schwächeren und Fremden fördern und dafür den Konsens unserer Stadtgesellschaft suchen.